
Auszug aus dem Protokoll

Sitzung Nr. 7
Datum 15. Oktober 2014

59 1.601. Budget / Voranschlag
Voranschlag 2015

Präsidentin: Ich habe eine nachträgliche Entschuldigung: Dubravka Lastric von der GFL ist auf dem Flughafen "steckengeblieben" und schafft es nicht mehr an die Sitzung. Wir kommen zum Geschäft 4, dem Voranschlag 2015. Eintreten auf das Geschäft ist gemäss Geschäftsordnung des GGR vorgegeben. Auch hier zum Vorgehen. Nach den Voten der GPK und des Gemeinderates wird auch hier das Wort zuerst für eine allgemeine Runde für die Fraktionen und danach für die Ratsmitglieder offen sein. Anschliessend wird auch hier im Detail das rote Heft diskutiert. Danach nehmen wir das hellblaue Dossier, "Produktedefinition/Produktbudget 2015, Sekundarstufe I" durch und zum Schluss die Abstimmungsbotschaft. Möchte sich die GPK äussern?

Peter Bähler, GPK: Die GPK hat den Bericht und Antrag sowie Voranschlag samt Kommentar und Erläuterungen mit dem Finanzverwalter durchbesprochen. Bis auf wenige Ausnahmen konnten die aufgeworfenen Fragen geklärt werden. Von den erhaltenen Zusatzinformationen wird nachfolgend eine Auswahl von Auskünften des Finanzverwalters protokolliert, die für den GGR von Interesse und Relevanz sein dürften. Die GPK dankt dem Finanzverwalter für die Teilnahme an der Sitzung, die erteilten Auskünfte und die geleistete Arbeit.

Bericht und Antrag, Seite 4, Tabelle 5.3 Abweichungen zur Rechnung 2013: Die Zunahme beim Personalaufwand, ohne Spezialfinanzierungen, ist vor allem darauf zurückzuführen, dass 2013 verschiedene Stellen nicht besetzt waren, was damals zu Minderaufwand geführt hat. Ein weiterer Grund sind Personalfluktuationen, insbesondere infolge von Pensionierungen. Zudem wurde infolge hoher Fallbelastungen bei den Sozialdiensten der Stellenetat um gerundet 20 Stellenprozente erhöht.

Seite 10, Tabelle: Im Text vor der Tabelle wird der Selbstbehalt erwähnt, den die Gemeinde in der Höhe von 20 Prozent der Aufwendungen für familienergänzende Kinderbetreuung übernehmen muss, im Gegenzug werden 80 Prozent aus dem Lastenausgleich rückerstattet. Die Prozentzahlen im mittleren Teil der Tabelle zeigen hingegen, dass nicht genau 80 Prozent rückerstattet werden, sondern etwas mehr oder auch weniger in den Lastenausgleich einbezogen sind. Dies ist im Fall der Kindertagesstätte und der Tageseltern darauf zurückzuführen, dass die Rückerstattung aus dem Lastenausgleich auch aufgrund der Normlohnkosten berechnet wird. Bei der Offenen Kinder- und Jugendarbeit ist der höhere Bezug aus dem Lastenausgleich, 82.4 Prozent, darauf zurückzuführen, dass die Gemeinde nicht ausschöpft, was gemäss Vorgaben des Kantons maximal für die offene Kinder- und Jugendarbeit ausgeben und in den Lastenausgleich einbezogen werden könnte.

Präsidentin: Möchte sich der Gemeinderat äussern?

Kurt Jörg, Gemeinderat: Das Budget, das haben auch Sie gelesen und gesehen Steueranlage ist 1,4 Prozent, Liegenschaftssteuer ist 1 Promille des amtlichen Wertes. Und ein Defizit von 1,25 Mio. Ist gleich hoch wie letztes Jahr. Wir haben die Abschlussprognose erhalten, die den budgetierten Ausgabenüberschuss bestätigt. Das Budget ist wichtig, weil wir uns damit den effektiven Tatsachen annähern können. Seit zwei Jahren sind wir mehr oder we-

niger auf Kurs und wir budgetieren mit negativen Rechnungsabschlüssen, zu unserem Leidwesen. Deswegen müssen wir Eigenkapital abbauen. Der Gemeinderat konnte feststellen, dass seriös budgetiert wurde. Das heisst, die Ausgaben wurden auf Notwendigkeit und Zweckmässigkeit überprüft. Es ist erfreulich, wie wenig Korrekturen angebracht wurden, jedoch zum Leidwesen des Budgets, weil man so keine besseren Zahlen erreichen konnte.

Jedoch gilt sonst, was ich vorher erwähnt habe: Zuwarten bis 2020 können wir nicht. Wir sollten auch die nächsten fünf Jahre so weiterfahren können. Denn Eigenkapitalabbau bedeutet Schulden und Fremdzinsen. Das ist bekannt. Ich bin auf die Budgetbehandlung gespannt, ich hoffe, dass wir noch einsparen können, das wäre erfreulich.

Präsidentin: Das Wort ist offen für Voten der Fraktionen zur allgemeinen Runde.

Markus Burren, SVP: Die Gemeinde Zollikofen wird ihre Rechnung mit einem Millionendefizit abschliessen. So wie es prognostiziert wurde aufgrund der vorliegenden Hochrechnung. Das Budget 2015 sieht nicht besser aus. Einen Trost gibt es, die Finanzlage der Gemeinde ist im Moment noch gut. Es muss aber jedem Parlamentarier klar sein, dass wenn wir so weiterfahren mit der Verschlechterung, das nicht gut endet. Wir müssen Gegenmassnahmen ergreifen. Für viele GGR-Mitglieder ist es aber nicht damit getan, den Steuerfuss wieder anzuheben. Die SVP-Fraktion akzeptiert das Budget so wie es vorliegt insofern, dass in dieser Budgetdebatte nicht weitere Verschlechterungen eingebucht werden. Das Akzeptieren des Defizites setzt aber voraus, dass wir die Sache nicht so "weilerschlitteln" lassen. Dass wir bereit sind, nicht nur über eine Steuersatzerhöhung zu diskutieren, sondern auch über Gegenmassnahmen. Das heisst für uns, Aufgaben allenfalls weglassen, die freiwillig sind bei der Gemeinde. Deswegen müssen wir bis zur nächsten Budgetdebatte ein allfälliges Sparprogramm prüfen. Das tut weh, das wissen wir. Aber wir müssen hinschauen.

Martin Köchli, BDP: Die BDP Fraktion hat den Voranschlag analysiert und diskutiert und wird den Anträgen des Gemeinderates zustimmen. Wir danken dem Departementsvorsteher Finanzen, dem Finanzverwalter und seinem Team für die Erstellung des Budgets und des Berichtes mit den sehr guten Kommentaren und Erläuterungen. Weiter danke ich meinem Turnerkollegen Stefan Fässler für die hilfreichen Zusatzinformationen zu einzelnen Budgetpositionen.

Wir erachten den Aufwandüberschuss mit Fr. 1,241 Mio, was 0.83 Steuerzenteln entspricht, als vertretbar. Wir stellen fest, dass das erwartete Ergebnis unter Berücksichtigung der Saldoänderungen leicht unter dem aktuell prognostizierten Ergebnis der laufenden Rechnung liegt und etwa dem Ergebnis der Rechnung 2013 entspricht. Wir begrüssen, dass der Gemeinderat bereits zahlreiche Änderungen am Detailbudget vorgenommen und so doch eine massgebende Resultatsverbesserung herbeigeführt hat. Aus diesem Grund sehen wir bei den einzelnen Positionen keinen Anpassungsbedarf.

Besten Dank.

Marceline Stettler, GFL: "Zollikofen schreibt rote Zahlen": in etwa so könnten morgen die Schlagzeilen in der Tagespresse lauten. Und in Bezug aufs Budget 2015 sind sogar tief rote Zahlen geplant. Aber es gibt nichts zu jammern oder gar die Augen verwundert zu reiben, wir haben es kommen sehen. Ein nicht unwesentlicher Grund für dieses Minus ist sicher die Steuersenkungspolitik der Bürgerlichen auf Kantonsebene.

So klar die roten Zahlen sind, so klar ist auch die Tatsache, dass es so – und damit meine ich die Balance zwischen Einnahmen und Ausgaben – längerfristig nicht weitergehen kann. Die GFL ist gleicher Meinung wie der GR, in nächster Zeit muss eine Korrektur stattfinden. „Wir müssen etwas machen“.

An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an alle Beteiligten für die ausführlichen Unterlangen und die Antworten. Es ist sicher nicht immer eine leichte Aufgabe. Eine Bitte noch an

unseren GR für Finanzen: Kurt, gib die Hoffnung auf ein Wunder oder einen Lottogewinn ja nicht zu früh auf! Danke

Marcel Remund, FDP: Der vorliegende Voranschlag 2015 und die dazu abgegebene Abschlussprognose 2014 sind ein sehr gutes und übersichtliches Arbeitsinstrument. Die FDP-Fraktion dankt Verwaltung und Gemeinderat für die gewohnt gute Arbeit. Um es vorweg zu nehmen, die FDP-Fraktion wird dem Voranschlag 2015 ohne Änderungen zustimmen. Dies nicht aus Begeisterung über die zunehmenden Wolken über den Finanzergebnissen sondern aus der Überzeugung, dass eine Ablehnung des Voranschlages und daraus folgende „Hau-ruckübungen“ der Gemeindekasse nicht nachhaltig dienen würden.

Das Defizit der Laufenden Rechnung des Voranschlages liegt mit Fr. 1,2 Mio. ungefähr auf der Höhe der Abschlussprognose 2014. Dies zeigt eine gewisse Stabilisierung der Ergebnisse auf tiefem Niveau. Da anzunehmen ist, dass die Plangenaugigkeit ähnlich hoch sein wird wie 2014, kann man auch nicht, wie es in den Vorjahren zum Teil noch vorgekommen ist, auf grosse positive Abweichungen in der Rechnung 2015 hoffen.

Solche Defizite können mittel- bis langfristig nicht mehr hingenommen werden. Der grösste Nettoaufwandposten bleibt mit Fr. 7,1 Mio. die Soziale Wohlfahrt gefolgt von der Bildung mit Fr. 6,2 Mio.. Es fragt sich, welchen Einfluss die Gemeinde gerade auf diese Kostenpositionen effektiv noch in eigener Autonomie hat. Aber trotzdem darf dies nicht als Vorwand für Defizite vorgeschoben werden. Das Parlament und auch der Gemeinderat haben sehr wohl Einfluss auf zukünftige Kostenentwicklungen.

Wie die Antwort auf die Interpellation von Heinz Buser zeigt, wurden in den letzten sechs Jahren neue jährliche Ausgaben von rund Fr. 1 Mio. in eigener Autonomie beschlossen. Ohne diese neuen Ausgaben wäre das aktuelle Defizit beinahe beseitigt. Wir haben es also durchaus in eigener Hand etwas gegen steigende Kosten zu unternehmen. Falls Anträge in der Budgetdebatte für Erhöhungen von Budgetposten gestellt werden sollten, werden wir dies konsequent ablehnen. Aus der Budgetdebatte des letzten Jahres bleibt uns noch in Erinnerung, wie der Rat einen Beitrag an die „Kultur-Legi“ beschlossen hat. Zugegeben der Betrag von Fr. 7'500.00 ist in Bezug auf das Gesamtbudget unwesentlich. Aber wir sind dann trotzdem gespannt, im Verwaltungsbericht zu lesen, wie viele Leute dieses Angebot der „Kultur-Legi“ in Anspruch genommen haben.

Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er Möglichkeiten aufzeigt, um zukünftige Defizite zu verhindern und dass die Budgets ab 2016 ohne Steuererhöhungen möglichst wieder ausgeglichen gestaltet werden können. Das Parlament ist zudem in der Pflicht, Begehren nach neuen Ausgaben auch mal abzulehnen. Der Nutzen für möglichst Viele hat im Vordergrund zu stehen.

Hans Jörg Rhyn, SP: Die SP-Fraktion hat den Voranschlag 2015 ziemlich genau angeschaut, die Änderungen des Gemeinderates zur Resultatverbesserung zur Kenntnis genommen und selber keinen Bedarf für weitere Änderungsanträge entdeckt. Einmal mehr darf dem Finanzdepartement und dem Gemeinderat gedankt werden für die übersichtlichen und gut verständlichen Unterlagen, insbesondere für die Tabellen mit den wesentlichen Veränderungen gegenüber der Rechnung 2013 und dem Budget 2014. Auch das Dokument "Kommentar und Erläuterungen" ist wie immer sehr hilfreich.

Unsere Bemerkungen und Aussagen in der Budgetdebatte des letzten Jahres bezüglich Wirtschaftslage und Auswirkungen der bernischen Finanzpolitik könnten wir hier praktisch eins zu eins wiederholen. Sie sind nach wie vor gültig. Die Unsicherheiten sind nicht verschwunden.

Aber die Finanzlage von Zollikofen ist weiterhin gut. Das Polster der guten Rechnungsabschlüsse in den Vorjahren, verbunden mit den zusätzlichen Abschreibungen, wirkt sich im-

mer noch positiv aus. Sobald die Gemeinde aus dem gegenwärtig überdurchschnittlich grossen Investitionsschub herauskommen wird, dürfte sich auch der Finanzbedarf wieder normalisieren.

Trotz dem Aufwandüberschuss von Fr. 1,2 Mio. in der nächstjährigen laufenden Rechnung kann die SP dem Voranschlag 2015 mit gutem Gewissen zustimmen, sowohl für den allgemeinen Haushalt wie auch für die geplanten Massnahmen bei den Spezialfinanzierungen im Versorgungs- und Entsorgungsbereich.

Präsidentin: Gibt es weitere Wortmeldungen der Fraktionen? Das ist nicht der Fall. Dann ist das Wort offen für die Ratsmitglieder.

Thomas Ackermann, CVP: Auch zu diesem Geschäft kann mich kurz halten. Zudem: In meinen Ferien besuchte ich einen Zoo, wo ich mich an den vielen farbenprächtigen Papageien erfreuen konnte. Unter diesen vielen farbigen Papageien fehlte allerdings unsere Parteilfarbe, die Farbe Orange. Möglicherweise ist das ein Wink dafür, dass die CVP nicht nachplappern soll. Also lasse ich das.

Mit einer Ausnahme: Auch das CVP-Team dankt dem Finanzverwalter und allgemein der Verwaltung für die seriöse Ausarbeitung des Voranschlages. Danke. Im Namen der CVP werde ich dem Voranschlag 2015 zustimmen.

Toni Oesch, FdU: Routinemässig lege ich wieder meine Zahlenreihe auf (*siehe Seite 151*). Frau Roll wird diese sicher wieder ins Protokoll integrieren, sodass ich nicht jede Zahl ablesen muss. Mit Dank zum Voraus. Auch Dank an Herr Fässler für die Bedienung des Beamer. Die erste Zeile zeigt die Aufwandüberschüsse gemäss den Voranschlägen, bei b) die Abschlussprognosen, die jeweils im Oktober des laufenden Jahres bekannt gegeben werden, bei c) die definitiven Abschlusszahlen und darunter die Fehlprognosen. Damit will ich zeigen, dass die Suppe nicht so heiss gegessen wird wie gekocht, allerdings eventuell mit Ausnahme des laufenden Jahres 2014. Denn bis heute beträgt die Differenz nur Fr. 55'000.00.

Auch in Zukunft kann der Schuss nach hinten losausgehen. Ich mache ein Fragezeichen bei der hauptsächlichsten Einnahmequelle, bei den Einkommenssteuern natürlicher Personen. Bei der Detailberatung komme ich darauf zurück.

Die jeweiligen Ertragsüberschüsse von total Fr. 7,8 Mio. in den letzten sechs Jahren sind alle für Überabschreibungen verwendet worden. Ich habe mehrmals darauf hingewiesen, dass zumindest ein Teil dem Eigenkapital hätte zugeschlagen werden sollen, wie wir's früher gehandhabt haben. Denn Überabschreibungen vermindern wohl in den Folgejahren den Abschreibungsbedarf, sind aber in schlechten Zeiten nicht wieder einbringbar. Hingegen kann das Eigenkapital in schlechten Jahren zur Deckung von Fehlbeträgen herangezogen werden. Das Eigenkapital wird Ende 2019 also schon bald, nur noch Fr. 6 Mio. betragen, wenn wir Glück haben.

Die Mehrheit der bernischen Gemeinden verfügt über ein Eigenkapital von 12,0 Steuerzehnteln. Das kann man dem Finanzbericht des Regierungsrates vom letzten Frühling entnehmen. Wir befinden uns somit mit 9,6 Steuerzehnteln unter dem Mittelmass.

In der untersten Zeile verweise ich auf die Schulden ohne Spezialfinanzierung. Zu beachten ist, dass das für den Jahresbeginn von 2013 und 2014 gilt, also Null.

Ich habe vorhin von Glück gesprochen. Dazu einige grundsätzliche Bemerkungen: Auf Seite 11 schreibt der Gemeinderat unter „Ausblick“: *„Das wirtschaftliche Umfeld ist schwierig einzuschätzen, erscheint aus heutiger Sicht jedoch ziemlich stabil“*. Wenn wir die geopolitische Situation betrachten, die ja ihre Auswirkungen auf das wirtschaftliche Umfeld hat, dann ist diese alles andere als stabil. Auch wenn sich grosse Teile der Schweizer Bevölkerung in Sicherheit wiegen und den Linken glauben schenken, müssen die anderen umso mehr

wachsam bleiben und mehr dagegen tun. Deswegen nehme ich mir sehr viel Zeit, um aktiv bei einem militärischen Milizverband mit zu tun.

Zum wirtschaftlichen Umfeld: Massgebende Ökonomen verbreiten ganz unterschiedliche Prognosen für die Volkswirtschaft. Es gibt solche, die global eine Deflation voraussagen, wenn die ergriffenen Massnahmen dagegen nicht greifen. Die Notenbanken, wie die der USA, des IWF Internationale Währungsfonds, die EZB Europäische Zentralbank und auch unsere SNB senken die Leitzinsen und kaufen Schuldbriefe oder anderes. Das Geld soll raus. Eine Deflation ist für die Volkswirtschaft schlimmer als eine Inflation. Sie kann sogar zur Depression führen. Sinkende Preise haben zur Folge, dass sich der Konsum rückläufig bewegt. Man hält mit Käufen und Investitionen zurück. Unternehmen kommen ins Schlingern, die Löhne sinken oder können nicht mehr bezahlt werden. Die Staatsschulden steigen ins Unermessliche und können zum Staatsbankrott führen.

Zurück nach Zollikofen: Es ist richtig, wenn für 2015 keine Steuererhöhung beantragt wird, auch keine Erhöhung der Liegenschaftssteuern und der Hundetaxe. Dem Voranschlag 2014 haben wir vom FdU letztes Jahr zugestimmt, unter der Voraussetzung, dass eine ASP, Aufgaben- und Strukturüberprüfung an die Hand genommen wird, mit direktem Antragsrecht der FiKo an den GGR. In dieser Richtung ist nicht viel gegangen. Für 2015 werden wir uns deshalb die Parole noch überlegen. Wenn man einfach die Defizite an das vorhandene Eigenkapital anrechnen kann, verleitet das zu Ausgabenfreudigkeit, statt den Fünfer zweimal umzudrehen bevor man ihn ausgibt.

Zum Schluss eine Anregung: Wir sollten wieder zur Regelung kommen, wie wir sie während mindestens 40 Jahren praktiziert haben, nämlich, dass das Ergebnis des Voranschlages den GGR-Mitgliedern gleichzeitig wie der Presse zugestellt wird, statt vier bis fünf Tage später. Heute ist das dank des Internets auch viel einfacher. Dank zum Voraus.

Rechnungsjahr	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
in Tsd.Fr.								
a) Voranschlag Aufwand- überschuss	-1'492	-1'200	-541	-651	-1'412	-691	-1'051	-1'327
b) Abschlussprognosen Fi.-Verwaltg. im Oktober:								
Aufwandüberschuss	-823	-800				-472	-605	-1'272
Ertragsüberschuss			57	2'537	300			
c) def. Rechnungsergebnis:								
+ / - Überschuss	1'209 *)	917 *)	443 *)	3'376*)	1'707*)	-334	137*)	- ?
Fehlprognosen	2'701	2'117	984	4'027	3'117	357	1'188	- ?
Steueranlage	1,45	1,45	1,40	1,40	1,40	1,40	1,40	1,40
*) 2007-2013 total 7,8 Mio.Fr. als zusätzliche Abschreibungen verwendet (wären effektiv Eigenkapital)								
Eigenkapital per anfangs Jahr:								
a) in Mio. Fr.	14,7	14,7	14,7	14,7	14,7	14,7	14,4	14,4
b) in Steuerzehnteln: Zollikofen								9,6
Mehrheit der bern. Gemeinden über								12,0
Bestandesrechnung per 1.1.2014:								Mio.Fr.
Finanzvermögen								34,4
Verwaltungsvermögen								17,5
Total								51,9
								117,9
Mobilien								14,1
d.h. mind. 100 Mio.Fr. stille Reserven								
Mittel- und langfristige Schulden (ohne Spez.-Fi.): per 1.1.							Null	Null

Präsidentin: Gibt es weitere allgemeine Wortmeldungen aus dem Rat? Nein. Dann kommen wir zur Detailberatung. Wer sich meldet, soll bitte die Seite und die Kontonummer angeben. Wir sammeln bei jedem Konto die Voten und zum Schluss der Konten kann der Gemeinderat Stellung nehmen. Bei jedem Konto hat zuerst die GPK, dann die Ratsmitglieder und zum Schluss der Gemeinderat das Wort.

Konto 0 Allgemeine Verwaltung, Seiten 4 bis 6

Das Wort wird nicht verlangt.

Konto 1 Öffentliche Sicherheit, Seiten 6 bis 8

Das Wort wird nicht verlangt.

Konto 2 Bildung, Seiten 8 bis 11 (ohne Kontengruppe 212 Sekundarstufe I)

Ahila Gunaratnam, GPK: 210.317.03 Primarstufe; Schullager, Schulreisen, Projekte: Die GPK wünscht nachträglich noch Antwort auf die Frage, weshalb für Landschulwochen nur noch Fr. 10'590.00 budgetiert werden, fast nur noch halb so viel wie im Vorjahresbudget mit Fr. 19'940.00.

217.314.02: Schulliegenschaften; Liegenschaftsunterhalt Primarstufe: Der in der Unterlage "Kommentar und Erläuterungen" fett gedruckte Betrag von Fr. 77'970.00 ist falsch, die Zahl aus dem Vorjahresbudget wurde übernommen. Die Auflistung mit den Detailbeträgen ist jedoch richtig, ebenso die Zahl im Voranschlag-Heft.

Sabine Huber, Gemeinderätin: Die zweite Frage hat sich erledigt, mit den Liegenschaften. Zur ersten Frage: In der Regel gehen mehrheitlich alle fünften und sechsten Klassen in ein Schullager. Es gibt Lehrer, die gehen früher, also bereits in der Fünften, andere eher später. Es hat sich ein Rhythmus eingespielt, ungefähr alle zwei Jahre kommen Stufenklassen und das Schuljahr ist Berechnungsjahr. Es gehen auch Klassen gemeinsam, es geht halt weniger lang, hat aber mehr Klassen. In dem Jahr sind sieben Klassen im Schullager und im nächsten Jahr sind es vier Schulklassen.

Samuel Tschumi SVP: Budgetposten 210.317.02, Seite 8. Beim vorliegenden Budgetposten stellen sich bei mir mehrere Fragen. Wieso wird trotz eines vorhandenen Freibades der Wassersicherheitscheck, der in der vierten Klasse an vier Nachmittagen durchgeführt wird, im Hallenbad Bolligen absolviert? Das Hirzi hat fünf Monate jährlich geöffnet. Davon fallen drei Monate in die Schulzeit. Einziger Grund, das Schwimmen nicht im Hirzi durchführen zu können, wäre für mich ein Gewitter. Dies ist aber nicht sehr häufig der Fall. Da das Wasser im Hirzenfeld geheizt ist, kann man auch bei Regen, oder bei Temperaturen, wie sie im Mai/Juni und Ende August/Anfang September vorherrschen, eine Lektion durchführen. Ausserdem sollen die Schülerinnen und Schüler angeregt werden, auch in der Freizeit ins Hirzi zu gehen.

Deshalb finde ich es keine gute Lösung, ins Hallenbad Bolligen zu gehen. Die Schlussfolgerung liegt nahe, dass die Schüler nur noch bei Postkartenwetter ins Freibad gehen. Und wieso fährt man mit kleinen Bussen nach Bolligen, das ist nicht ökologisch. Das Bad ist mit dem ÖV erreichbar, oder mit dem Velo. Ich wundere mich etwas, dass die Grüne Fraktion hier nicht interveniert. Das gehört meines Erachtens auch zum Punkt "Goldlabel Energiestadt." Leider wird dieser Punkt aber nicht durch das zuständige Organ beurteilt. Dieser Punkt hat den Unterschied, dass man nicht wie sonst, immer mehr Geld ausgibt, wenn man Energie spart, sondern Geld spart. Die Schlussfolgerung überlasse ich jedem Einzelnen.

Sabine Huber, Gemeinderätin: Der Wassersicherheitscheck ist vorgeschrieben und obligatorisch. Bis Ende viertes Schuljahr müssen ihn sämtliche Schülerinnen und Schüler absolviert haben. Das sind alle Viertklässler inklusive Klasse für besondere Förderung, also Wiedereingliederungsklasse. Wir haben es im Hirzenfeld versucht und es geht gar nicht nur darum, ob man nur bei schönem Wetter schwimmt und das alles "Weicheier" sind, die bei Regen nicht schwimmen. Der Grund ist ein ganz anderer. Schwimmen unterrichten und mit Kindern in eine Badi gehen dürfen "normale" Lehrer in der Regel nicht mehr. Vom Kanton ist ebenfalls vorgeschrieben, wer mit den Kindern ans Wasser geht, muss auf dem neusten Stand der Rettungsschwimmer-Brevets sein, oder Schwimmlehrer sein. Das führte dazu, dass wir für den Check professionelle Schwimmlehrpersonen haben, diese sind extern. Ich kann sie nicht kurzfristig organisieren, wenn das Wetter schön ist. 2013 und 2014 hat man es im Hirzi probiert und nun ist es in Bolligen. Dort kann man frühzeitig die Schwimmlehrkräfte organisieren und das Hallenbad reservieren. Im Wylerbad war es nicht möglich, die Stadt Bern ist ohnehin knapp an Hallenbädern.

Samuel Tschumi, SVP: Meine zweite Frage wurde noch nicht beantwortet, bezüglich der ökologischen Thematik.

Sabine Huber, Gemeinderätin: Ich kann hier keine schlüssige Antwort darauf geben. Der ökologische Gedanke betrifft die Bildung nicht direkt. Zum Hirzi hin wäre das möglich. Aber mit einer ganzen Schulklasse und dem Organisieren mit ÖV's war es für uns mit Bussen einfacher zu bewerkstelligen.

Konto 3 Kultur/Freizeit, Seiten 11 bis 13

Das Wort wird nicht verlangt.

Konto 4 Gesundheit, Seite 13 bis 14

Das Wort wird nicht verlangt.

Konto 5 Soziale Wohlfahrt, Seiten 14 bis 16

Toni Oesch, FdU: Seite 15, Rubrik 570, Betagtenheim. Bei dieser Rubrik benütze ich die Gelegenheit, auf Folgendes aufmerksam zu machen: In der Sonntagspresse ist kürzlich ausführlich geschrieben worden unter dem Titel „*Altersheime tricksen Betagte und Behörden aus*“. Im ganzen Bericht wird nur eine Institution genannt, und zwar gerade vier mal und nicht lobend, nämlich die Berner Pflegeheimkette Senevita. Die Senevita wird das Alterszentrum an der Bernstrasse betreiben. Es ist selbstverständlich, dass die Verantwortlichen der Gemeinde dannzumal zum Rechten schauen müssen. Vertragsgemäss wird das Zentrum das Personal unseres Betagtenheims übernehmen, und zwar zu den gleichen Bedingungen, aber nur für eine befristete Zeit.

Konto 6 Verkehr, Seiten 16 bis 18

Markus Bacher, GPK: Zu 620.390.01; Gemeindestrassen; öffentliche Beleuchtung: Die GPK möchte wissen, wie die erwähnten "höheren Unterhaltsaufwendungen" mit den Informationen vereinbar sind, die beim Entscheid über den Kauf des Beleuchtungsnetzes von der BKW AG vorlagen. Im Bericht und Antrag an den GGR wurde damals eine "Kosteneinsparung" bei "Betrieb und Unterhalt" von jährlich rund Fr. 12'250.00 erwähnt (Reduktion von Fr. 41'250.00 auf Fr. 29'014.00), und in der Abstimmungsbotschaft hiess es, die Gemeinde werde längerfristig Kosten sparen können.

Peter Traber, Gemeinderat: Im Bericht, der seinerzeit an den Grossen Gemeinderat gegangen war, waren auch die Unterhaltskosten ausgewiesen. Die Kosten, die dort nach dem alten Modell angefallen sind, waren einerseits Unterhaltskosten und andererseits Ersatzlampen. Aber diese wurden nicht den Unterhaltskosten angelastet sondern dem Anlagekapital. Dies führte bei der Gemeinde zu höherer Zinsbelastung. Mit der Übernahme der öffentlichen Beleuchtung setzt sich diese Position neu zusammen aus den Unterhaltskosten, die tatsächlich tiefer sind aber dazu kommen die Ersatzlampen und das führt zu dieser leichten Erhöhung. Danke für den Hinweis.

Konto 7 Umwelt und Raumordnung, Seiten 18 bis 22

Bruno Vanoni, GPK: Konto 700.315.02; Wasserversorgung; Pläne, Projekte, Gutachten" und 710.362.01: Abwasserentsorgung; Betriebsbeitrag ARA: Die fett gedruckten Zahlen rechts in der Unterlage "Kommentar und Erläuterungen" sind falsch. Die jeweiligen Erläuterungen dazu jedoch richtig, ebenso die Zahlen im Voranschlag-Heft.

Peter Traber, Gemeinderat: Was die Position Abwasserentsorgung; Betriebsbeitrag ARA anbelangt, so trifft das zu, bei der anderen Position "Wasserversorgung" konnten wir das

nicht nachvollziehen. Meines Erachtens steht dort die richtige Zahl. Wir haben dort ausgewiesen 700.315.02 Fr. 60'310.00 und das ist der Betrag der in der Laufenden Rechnung abgebildet ist.

Toni Oesch, FdU: Seite 22, Rubrik 790.362.01 "Beitrag an Regionalkonferenz Bern Mittelland", Fr. 55'900.00: Der Presse hat man entnehmen können, dass sich die SVP für die Aufhebung der Regionalkonferenzen einsetzen wird. Das wird auch von uns unterstützt werden. Wenn nämlich die Regionalkonferenz Bern Mittelland die Schaffung eines Grossbern anstrebt, dann muss man für die Aufhebung sein. Da hat es geheissen, die jüngste Tramabstimmung wäre durch ein Grossbern angenommen worden. Mit anderen Worten, Köniz und Ostermundigen wären überstimmt worden.

Konto 8 Volkswirtschaft, Seiten 22 bis 23

Bruno Vanoni, GPK: Zu 860.410.00; Elektrizität; Gemeindeabgabe BKW Energie AG: Die Mindereinnahmen aufgrund des neuen Vertrags mit der BKW beruhen auf neuen Parametern und klaren Vorgaben, die der Gesetzgeber auf Bundesebene im Zuge der Stromliberalisierung festgelegt hat.

Konto 9 Finanzen und Steuern, Seiten 23 bis 25

Patricia Zangger, GPK: Keine Bemerkungen.

Toni Oesch, FdU: Seite 23, Rubrik 900.400.01 "Einkommenssteuern natürlicher Personen": Ich habe vorhin bei den allgemeinen Bemerkungen darauf hingewiesen, dass bei der Budgetierung möglicherweise nicht mehr grosse Abweichungen gegenüber dem effektiven Rechnungsergebnis möglich sind. Im Politikplan wird für 2015 ein Wachstum der Einkommenssteuern natürlicher Personen von 4,80 Prozent gegenüber dem Voranschlag 2014 vorausgesagt. Und im Kommentar zum Voranschlag 2015 wird auf Seite 20 von einem Nettowachstum gegenüber dem Steuerjahr 2013 von 5,2 Prozent geschrieben, inklusive der 1,2 Prozent für die Aufhebung der Berufskostenpauschale. Das könnte eventuell zu hoch gegriffen sein.

Warum? Als Basis für die Steuereinnahmen 2015 gelten die Einkommen von 2014. Als die Budgetierung diesen Sommer an die Hand genommen worden ist und man sich auf Zahlen des Kantons gestützt hat, ist man noch von einer Erholung der Finanzkrise ausgegangen. Inzwischen haben aber das SECO und die KOF ihre Prognosen für 2014 heruntergeschraubt. Auch im Zwischenbericht vom 8. Oktober von Herr Portner ist von Mindereinnahmen von Einkommenssteuern natürlicher Personen für dieses Jahr die Rede. Aber andererseits haben wir in Zollikofen jeweiligen Konjunkturbaisen relativ gut überstanden, weil unsere Steuerzahler mehrheitlich im tertiären Sektor tätig sind oder waren, zum Beispiel in Verwaltungen mit jährlich automatisch wiederkehrenden Gehaltserhöhungen. Ob das heute noch Gültigkeit hat, mit den Grossüberbauungen und den Neuzuzügern in den letzten Jahren, ist fraglich.

Präsidentin: Möchte sich der Gemeinderat noch äussern? Somit haben wir diese Detailberatung abgeschlossen. Bitte nehmen Sie das blaue Dossier zur Hand.

Produktbudget 2014 für die Sekundarstufe I (Konto 212)

Präsidentin: Wir gehen das Budget im blauen Heft produktweise durch.

Hans-Jörg Rothenbühler, GPK: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Gibt es Bemerkungen zu Produkt 1 "Unterricht"? Das ist nicht der Fall. Gibt es Bemerkungen zu Produkt 2 "Kultur und Projekte"? Das ist nicht der Fall. Gibt es Bemerkun-

gen zu Produkt 3 "Gesundheit und Soziales"? Das ist nicht der Fall. Produkt 4 "Information und Zusammenarbeit"? Das ist auch nicht der Fall.

Präsidentin: Somit haben wir die Detailberatungen abgeschlossen und kommen zu den Schlussabstimmungen. Wir stimmen zuerst über Buchstabe B ab. Es geht hier um die Produktedefinition für den NPM-Bereich Sekundarstufe I. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Stimmen müssen deshalb ausgezählt werden.

Wer die Produktedefinition für den NPM-Bereich Sekundarstufe I (HRM-Kontengruppe 212) für das Jahr 2015 einschliesslich des damit verbundenen Nettoaufwandes für das Jahr 2015 von Fr. 330'550.00, unter Vorbehalt der Zustimmung der Stimmberechtigten zum Voranschlag 2015, genehmigen will, soll die Hand erheben.

Abstimmung

B) Unter Vorbehalt des fakultativen Referendums beschliesst der Rat mit 35 Ja-Stimmen gegen 0 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen (anwesende Ratsmitglieder 35, Vorsitz stimmt nicht mit), die Produktedefinition für den NPM-Bereich Sekundarstufe I zu genehmigen.

Präsidentin: Wir kommen zu Punkt C: Wer diesem zustimmen will, soll die Hand erheben.

Abstimmung

C) Zu Handen der Stimmberechtigten beschliesst der Rat mit 34 Ja- gegen 0 Stimmen bei 1 Enthaltung (anwesende Ratsmitglieder 35, Vorsitz stimmt nicht mit):

- 1. Der Voranschlag für das Jahr 2015 wird genehmigt.**
- 2. Für das Jahr 2015 werden die Steueranlagen wie folgt festgesetzt:**
 - a. Ordentliche Steueranlage: das 1,40fache der gesetzlichen Einheitssätze;**
 - b. Liegenschaftssteuern: 1,0‰ des amtlichen Wertes.**

Präsidentin: Somit kommen wir nun zur Beratung der Botschaft. Wir gehen die Botschaft seitenweise durch. Die GPK kann ihre Bemerkungen zu Beginn anbringen.

Bruno Vanoni, GPK: Auch dieser Botschaftsentwurf bedarf nach Ansicht der GPK einer sorgfältigen redaktionellen Überarbeitung, damit den Stimmberechtigten eine sprachlich möglichst fehlerfreie und inhaltlich besser verständliche Fassung vorgelegt werden kann. Verbesserungen sind auch bei den grafischen Darstellungen (S. 16/17) anzustreben, z. B. Anpassung der Skalierungen an die vorkommenden Zahlen, insbesondere bei der Grafik "Nettoaufwand", Seite 17, wo zur besseren Verständlichkeit auf der vertikalen Skala auch 0 angegeben werden sollte.

Wir haben eine generelle Bemerkung: Die GPK erwartet, dass insbesondere Entwürfe für Abstimmungsbotschaften, die sich an eine breite, mit dem Inhalt nicht schon vertraute Leserschaft richten, verwaltungsintern korrigiert und punkto Verständlichkeit und Aussagekraft optimiert werden. Dies ist nicht zuletzt auch angebracht, damit die beantragten Investitionen ins Re-Design der Verbesserung des grafischen Erscheinungsbildes von Gemeindepublikationen sich wirklich lohnen. Und damit auch die grosse Arbeit, die jeweils hinter den Vorlagen steckt, gebührend zur Geltung kommt.

Präsidentin: Will der Gemeinderat Stellung nehmen?

Daniel Bichsel, Gemeindepräsident: Dem Gemeinderat ist es ein grosses Anliegen, wir wissen, dass wir ein grosses Publikum vertreten, gutes Schriftgut abgeben zu können und der

Gemeinderat hat bereits vor der Bemerkung der GPK entsprechende Beschlüsse gefasst in Zusammenhang mit dem neuen Kommunikationskonzept dem wir per 1. Januar 2015 Rechnung tragen und die Botschaften einer sprachlichen Vorprüfung verwaltungsintern unterziehen. Es wird jemand sein, der nicht mit der Materie vertraut ist und als Aussenstehende urteilen kann.

Wir gehen die Botschaft nun seitenweise durch. Gibt es Bemerkungen aus dem Rat zur Seite 1 bis 3? Das ist nicht der Fall.

Präsidentin: Bemerkungen zu Seite 4 bis und mit 11?

Hans-Jörg Rhyn, SP: Seite vier oben rechts kursiv gedruckt ist der Hinweis auf das Rechnungsergebnis 2014. Ist das bei dieser kleinen Abweichung, die sich jetzt ergibt, noch nötig oder könnte man den Hinweis auf die Laufende Rechnung ausnahmsweise weglassen?

Kurt Jörg, Gemeinderat: Das Ergebnis bleibt drin, die Abweichungen können wir weglassen.

Marcel Remund, FDP: Beim kursiv Gedruckten steht immer "Vorjahr", aber es sind die Budgetzahlen 2014, die verglichen werden. Aus Sicht des Vorjahres, wenn die Abstimmung stattfindet, ist das Jahr 2013, müsste man dort nicht schreiben "Voranschlag 2014"?

Kurt Jörg, Gemeinderat: Wir nehmen dies so an und schreiben die Jahrzahlen in Klammern hin.

Toni Oesch, FdU: Das habe ich bereits letztes Jahr gesagt, es wurde abgelehnt, nicht einmal ein Hinweis wurde gemacht. Dann regeln wir das halt jeweils im Mitteilungsblatt Zollikofen.

Präsidentin: Wir kommen zu den Seiten 5 bis 12. Keine Bemerkungen. Die Laufende Rechnung, Seite 13 bis 15? Keine Bemerkungen. Seiten 16 bis 17?

Marc Niklaus, SP: Im Anschluss an Bruno Vanonis Votum wegen der Lesbarkeit könnte ich mir vorstellen, dass wir auf viele Kommastellen verzichten könnten. Wenn man die Zahlenblöcke anschaut, sollte man nicht gerade erschlagen werden. Wenn "...,00" steht, kann man das meines Erachtens auch weglassen. Das ist kein Antrag sondern eine Anregung.

Kurt Jörg, Gemeinderat: Wir nehmen dies so entgegen.

Präsidentin: Damit sind wir am Ende der Beratung. Ich frage an, ob Sie einverstanden sind, den Botschaftsentwurf mit den nötigen Bemerkungen, die das Büro aufnehmen wird, zu akzeptieren? Bitte erheben Sie die Hand.

Abstimmung

A) In eigener Kompetenz:

Der Botschaftsentwurf wird grossmehrheitlich mit Anpassungen genehmigt.

Für getreuen Protokollauszug

ZENTRALE DIENSTE